

80. Geburtstag des emeritierten 69. Bischofs von Hildesheim
Dr. Dr. hc. Josef Homeyer
Feier am 8. August 2009 in Hildesheim

Dankworte des Bischofs beim Empfang

Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, meinen herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an der Feier meines mir immer noch unbegreiflichen 80. Geburtstages. Ganz besonders Dank denen, die ihre Segenswünsche in eindrucksvollen Grußworten formuliert haben, wenn diese auch manchmal nicht wenig überhöht waren (und in die Nähe einer irrtümlichen Heiligsprechung zu geraten drohten).

- Ihnen, Herr Landessuperintendent, lieber Bruder Gorka, Dank für die Grüße und Wünsche der Evangelischen Landeskirchen und der Ökumene insgesamt und für Ihre so persönlichen Worte. Dank Ihnen für das brüderliche Vertrauen und die selbstverständliche Zusammenarbeit in all den Jahren.
- Ihnen, lieber Herr Finanzminister Möllring, vielen Dank für Ihre persönlichen Wünsche und für die der Landesregierung. Ihnen und der Landesregierung Dank für das kritisch-konstruktive und immer wohlwollende Miteinander in meiner Zeit als Bischof von Hildesheim.
- Ihnen, lieber Herr Oberbürgermeister Machens, herzlichen Dank für Ihre sehr persönlichen Worte und Wünsche, wie auch für die Grüße der Stadt Hildesheim, die ich liebe und in der ich mich Zuhause weiß.
- Dank ganz besonders Dir, lieber Bischof Norbert, für Dein brüderliches Wort und für die guten Wünsche im Namen des schönsten deutschen Bistums.

Vor allem danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Grimm, nicht nur für einen Vortrag, sondern für ein intellektuelles Ereignis ersten Ranges. Die Anstrengung des Begriffs, Ihre umfassende und durchdringende Darstellung des politischen Status Europas stellt allerdings vor ein Problemgebirge.

Zunächst, gleichsam am Fuß des Gebirges: Was hat eigentlich die Kirche mit alledem zu tun? Ich will eine persönliche Antwort geben. Für meine Generation war und bleibt Europa eine Antwort auf historische Erfahrungen: Den moralischen Ruin des europäischen Geistes, den Völkermord, Millionen Kriegstote, zerstörte Städte, Vertreibungen: Das Dritte Reich – diesen Erfahrungen galt es zu antworten. Die Antwort, nach Auschwitz keine Gedichte mehr zu schreiben erschien uns ebenso unzureichend wie selbstverständlich die Verweigerung jeder Antwort durch Verdrängung. Liest man Europa so, als Antwort auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, dann war von vornherein klar: Es ging mit Europa nicht um ein politisches Kalkül oder einen strategischen Interessenausgleich, das Projekt Europa war im Angesicht des Völkermords und der Kriegstoten ein *ethisch* imprägniertes. Kein Glück der Enkel macht das Leid der Väter wieder gut, sagte Walter Benjamin in Anknüpfung an biblische Überlieferung. Gewiss, gleichwohl hieß für uns Europa, eine Politik zu entwerfen, die im Antlitz der Toten zu bewähren ist. Das ist der ethische Kern des Projektes Europa, das ist der politische Glutkern der Gründungsväter, Schuman, de Gaspari und Adenauer. In diesem erinnernd-antwortenden Sinn galt uns in der Tat Europa als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“, ein Wort Hegels, das durch den Nationalstaat historisch verdunkelt wurde. In dieser ethi-

schen Dimension waren und sind die Kirchen für Europa ebenso gefordert, wie sie es als verlässliche Bündnispartner des säkularen (freiheitlich-demokratischen) Nationalstaates im Angesicht jahrhundertelanger Religionskriege waren und sind! Das Massaker von Magdeburg 1631 verpflichtet die Kirchen ebenso zum politischen Beistand wie Auschwitz 1944. Und allemal: Es geht um mehr als um staatskirchenrechtliches Kalkül. Es geht um die politische Gestaltung und Gestalt eines moralischen Impetus: Versöhnung.

Europa als Vision, als ethische Antwort und als politisches Projekt galt unserer Generation vor allen Problemstellungen der Gestalt, der Finalität und der Legitimität als Grundplausibilität. Als Adenauer, nur um ein Beispiel zu nennen, 1955 10.000 Kriegsgefangene aus Russland holte, kehrten sie nicht nur der historischen Faktizität nach nicht nach Großdeutschland zurück, sie kehrten auch nicht nur in das Wirtschaftsland zurück, sondern sie kamen in einer anderen, friedlichen, freiheitlichen Zukunft an – und die hieß selbstverständlich Europa.

Die von ihnen benannten Asymmetrien, Herr Professor Grimm, von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, von wirtschaftlichen Grundrechten und kulturellen, sozialen Grundrechten haben nicht nur etwas zu tun mit ideologisch-ökonomistischen Fehlstellungen, nicht nur etwas zu tun mit ordnungspolitischen Konflikten vor allem zwischen angelsächsisch und kontinental orientierten Sozialpolitiken, diese Asymmetrien haben auch etwas zu tun mit dem Verblässen historischer Erfahrungen! Die Ursachen für europäische Asymmetrien liegen gewiss in politischen Fehlstellungen, die kulturellen, gleichsam vorpolitischen Ursachen liegen in der Verkürzung, im Verlust historischer Erfahrungsräume.

Die Gestalt der Präambel des Verfassungsvertrages, die Apathie gegenüber kulturellen und religiösen Herkunftsn ist neben allen religionspolitisch oder theologisch-philosophisch zu diskutierenden Aspekten ein trauriger Höhepunkt kultureller Rücksichtslosigkeit der europäischen Politik. Das setzt sich übrigens im Ausblenden osteuropäischer Erfahrungen, also immer dann fort, wenn von Europa gesprochen wird, aber nur Westeuropa erkennbar ist. Ein ausschließlich ökonomistisch, marktliberal auftretendes Europa, hat sich von sich selbst abstrahiert, es verliert Gesicht und Landschaft und wird zum leeren Mechanismus. Vor allem versperrt ein nur ökonomistisch gedachtes Europa den fundamentalen Impetus seiner Gestaltwerdung: die Identifikation seiner Bürger. Darum greifen die Forderungen nach Referenden oder sogar nach einem europaweiten Referendum (abgesehen von verfassungspolitischen Einwänden) derzeit zu kurz: worüber eigentlich sollen die Bürger abstimmen?

Bei dieser Kritik soll nicht übersehen werden, dass die Leistung der Europäischen Union neben dem asiatisch-pazifischen Raum, vermutlich zur erfolgreichsten Wirtschaftsregion aufzusteigen, überragend ist. Dass die Wirtschaftsleistung Europas Voraussetzung für die Sozialstaatsleistungen der Nationalstaaten und damit der Reduzierung gesellschaftlicher Konflikte ist. Und es soll auch nicht übersehen werden, dass die ökonomische Leistung in der EU die Erweiterungsprozesse überhaupt erst ermöglicht hat.

Nun würde es mich sehr reizen, die analysierten Asymmetrien etwas diskursiver aufzugreifen. Noch mehr würde es mich reizen, mit Ihnen, Herr Prof. Grimm, zwei Tage in Klausur zu gehen – und wenn es nach mir ginge, auch zwei Nächte dazu. Das alles geht nicht. Manchmal gründen Asymmetrien von Lebenszeit und Weltzeit auch in Terminkalendern.

Lassen Sie mich aber doch abschließend und auch nur in Stichworten Richtungshinweise für die zukünftige Gestaltwerdung Europas zu geben versuchen:

Die Aufgabe der nächsten zehn Jahre heißt auch Erweiterung, sie heißt im Schwerpunkt aber Integration. Denn die bisherige Entwicklung hat gezeigt, dass jedem Erweiterungsschritt der EU ein Integrations-

schritt folgte. Anders war und ist die Handlungsfähigkeit der Union ja gar nicht zu gewährleisten. Erweiterung ohne Integration bedeutet nationalstaatliche Devolution.

Da auf absehbare Zeit ein Verfassungsvertrag nicht auf die Agenda kommen wird, und die Überführung verfassungsmäßiger Rechte in einfaches Recht legitimatorische Spannungen eher verschärfen wird, müssen neue Instrumente entwickelt werden, etwa folgende:

1. Ein tieferes Durchdenken und Ordnen Europas nach dem Prinzip der Subsidiarität. Es gilt dabei, die Souveränitätsverzicht der nationalstaatlichen Ebene dann und *nur dann* zu vollziehen, wenn die kleinere (nationale, regionale) Ebene eine Aufgabe nicht bewältigen kann. Insofern muss das Europarecht kritisch durchprüft werden, was eigentlich wirklich auf die Europa-Ebene gehört und was auf untere Ebenen zurückgegeben werden kann, beziehungsweise was geregelt werden muss und was freigestellt werden kann. Umgekehrt müssen nationale Rechte in den vom jüngsten Verfassungsgerichtsurteil aufgewiesenen Grenzen durchprüft werden, was dringend auf höhere Ebenen verlagert werden muss.
Dazu gehört auch die heikle Frage: ist Sozialpolitik wirklich eine ausschließlich nationalstaatliche Aufgabe? Könnte sich nicht von der wohlverstandenen Subsidiarität her die Verlagerung bestimmter sozialpolitischer Postulate auf die EB-Ebene als durchaus sinnvoll und auch systemkonform erweisen?
Dem ethischen Impetus des europäischen Projekts folgend bedeutet Subsidiarität auch, dem Ethos der Anerkennung der Andersheit des Anderen folgen, statt der Logik des Herrschens.
2. Eine Befreiung der Europapolitik aus den Kabinetten: Das schon genannte Urteil zum Lissabon-Vertrag gibt hier wichtige Richtungshinweise. Zentral scheint mir zu sein, dass die repräsentativ gestalteten Partizipationsrechte des Souveräns, also der Bürger gesichert werden. Es ist die, wie ich glaube, historische Leistung des Bundesverfassungsgerichts, immer wieder den europapolitischen Raum dadurch geöffnet zu haben, dass er an die verfassungsrechtlichen Standards, an das republikanische Erbe des Nationalstaats, und zwar in seiner historisch gewachsenen, in Deutschland repräsentativen Ausformung rückgebunden blieb.
3. Eine deutliche Verstärkung der europäischen Kulturpolitik unter Beachtung der subsidiär geordneten Vielfalt: Man sollte offensiv an Erfahrungen kulturellen Austauschs in Europa anknüpfen, wie sie in den großen kulturellen Migrationen geschah und noch heute in unseren Metropolen und Kathedralen sichtbar ist. Die Frage des Beitritts der Türkei ist keine nur strategische und keine nur ökonomische. Es ist vor allem eine Frage, wie der kulturelle Austausch zwischen Islam, Christentum und okzidentaler Aufklärungstradition in den nächsten Jahren gelingt. Kultureller Austausch alleine wird solche Debatten entideologisieren und verständliche Ängste vor Identitätsverlusten nehmen.
4. Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit: Die medial getragenen Öffentlichkeiten in Europa sind weitgehend national hermetisch konstruiert. Man darf nicht erwarten, dass dem Europäischen Parlament Aufmerksamkeit geschenkt wird, wenn seine Debatten in den Medien nicht stattfinden, zugleich aber jede Debatte des Bundestages, zuweilen auch des Bundesrates, bei Phoenix übertragen wird. Die Leitmedien des Öffentlich-rechtlichen Fernsehens, der reputierten Presse, FAZ, Süddeutsche, Zeit (um wenige zu nennen) sind hier in der Verantwortung. Diese Verantwortung haben sie in der Begleitung des Werdens der Bundesrepublik hervorragend wahrgenommen. Warum nicht ebenso gegenüber Europa?

Subsidiarität, Partizipation, Kulturpolitik und Öffentlichkeit seien hier nur Stichworte für die Fortentwicklung europäischer Integration. Es ging mir damit um eine nachholende gesellschaftliche Einbettung

des politischen Europa, damit wir nicht in Zukunft innenpolitisch instrumentalisierten Referenden ausgeliefert sind.

Schon vor fast 500 Jahren hat Niccolò Machiavelli in „Der Fürst“ erklärt: Wer ein drohendes Übel erst erkennt, wenn es sich deutlich zeigt, sei kein kluger Staatsmann. Ob angesichts dieses Maßstabs im Blick auf die weltweiten Finanzprobleme unsere Politiker klug genannt werden können, wage ich im Angesicht des unbestritten klugen Finanzministers unseres Landes nicht zu beantworten.

Das allerdings scheint mir unzweifelhaft zu sein: Ein Politiker ist klug, wenn er die europäische Integration nicht nur als ökonomisches, sondern als subsidiäres und kulturelles Projekt zu pflegen verlangt.

Meine Damen und Herren! Als ich vor 80 Jahren geboren wurde, hatte Europa das Schlimmste noch vor sich. Heute zum 80. Geburtstag kann ich sagen, meine Generation hat manches nicht erreicht, was wir mit Europa dereinst verbunden haben. Ich kann aber auch sagen: Europa, das Beste kommt noch!